

NEWSLETTER

der Geschäftsstelle

1 / 2026



Sehr geehrte Netzwerkpartner:innen,
sehr geehrte Fachpraktiker:innen,

mit diesem Newsletter möchten wir Ihnen als Geschäftsstelle des Fachbeirats Care Management einen Rückblick auf unsere Aktivitäten im ersten Quartal 2026 geben. Wir wünschen Ihnen frohe Ostern und hoffen, dass Sie gut und erfolgreich in die ersten Monate des Jahres gestartet sind.

Wir freuen uns gemeinsam mit Ihnen die Belange von versorgungsintensiven Kindern in Berlin und ihren Familien zu thematisieren und neue Vorhaben zu initiieren.

Mit freundlichen Grüßen



Lea Schmidt

&



Julia Dorow

Themenübersicht

1. Austausch mit Dr. Maja Lasić (SPD), MdA
2. Schulausschluss und Schulzeitverkürzung von versorgungsintensiven Kindern
3. Familien entlasten – Versorgung sichern:
Fachgespräch zur Lage
versorgungsintensiver Kinder



Austausch mit Dr. Maja Lasić (SPD), MdA

Das Jahr startete mit einem spannenden Austausch mit **Dr. Maja Lasić, Sprecherin für Bildung bei der SPD**, Anfang Januar in den Räumen der *Landeskoordination Rehabilitation und Teilhabe – Kinder und Jugendliche*.



© Dr. Maja Lasić

An dem Treffen nahmen teil: Julia Dorow (Geschäftsstelle), Dr. Ellis Huber (Vorsitzender des Fachbeirats), Peggy Reisinger und Jason Holinski (LaKo). Thema war der **Schulabschluss und die Schulzeitverkürzung** von versorgungsintensiven Kindern und Jugendlichen im Land Berlin sowie die **Versorgungslücke** durch das fehlende Angebot des **Kurzzeitwohnens**.

Schulabschluss und Schulzeitverkürzung von versorgungsintensiven Kindern

Ende Januar griff der Fachbeirat Care Management in seiner 29. Sitzung das Thema Schulabschluss und Schulzeitverkürzung von versorgungsintensiven Kindern erneut auf.

Ausgangslage für die Fachbeirats-Sitzung war das [Fachgespräch zur Lage versorgungsintensiver Kinder vom 01.04.2025](#), welches sich im Schwerpunkt mit dem Thema Schulabschluss von versorgungsintensiven Kindern und Jugendlichen beschäftigte. Seither erreichen die Geschäftsstelle viele Anfragen von Eltern und Fachkräften, welche teils sehr komplexe Fallbeispiele schildern und von einer hohen Belastung berichten.

Datenlage und Ressourcenmangel

Uta Johst-Schrader (SIBUZ Friedrichshain-Kreuzberg) berichtete von einer Verdopplung der ASS-Fallzahlen innerhalb der letzten sechs Jahre. Dies führe zu einer massiven Überlastung der SIBUZ-Standorte, wo Beratungen zugunsten formaler Feststellungsverfahren zurückgestellt werden müssen. Ein zentrales Problem sei die mangelnde Transparenz: **Zahlen** zu Teil- oder Nichtbeschulungen **liegen dem SIBUZ nicht vor**, da Schulzeitverkürzungen oft eher **informell zwischen Schulen und Eltern abgesprochen** werden und das SIBUZ oftmals nicht einbezogen ist.

Pathologisierung und Ausgrenzung



Dr. Katrin Klöpfer (KJA/SPZ Charlottenburg-Wilmersdorf) schilderte drastische Fallbeispiele, in denen Berliner Schulen die Teilnahme am Unterricht an eine medikamentöse Behandlung knüpften.

Sie verdeutlichte, dass herausforderndes Verhalten oft mit Disziplinarmaßnahmen und Suspendierungen statt mit pädagogischer Unterstützung beantwortet wird, wobei betroffene Kinder teilweise systematisch ausgegrenzt werden. Frau Dr. Klöpfer mahnte eine dringende Haltungsänderung und bessere Fortbildung des Personals im Umgang mit Neurodivergenz an.

Prekäre Situation der Familien

Elke Kemmer (VK KiJu¹) ergänzte die Perspektive der Familien und des Case Managements. Durch den Wegfall der Schulwegbeförderung und die Praxis der Kurzzeitbeschulung geraten Eltern unter **extremen Zeitdruck und finanzielle Risiken**. Viele Kinder erfahren laut Frau Kemmer **Ablehnung durch das System**, was zu zusätzlichen psychischen Belastungen führt. Sie betonte, dass Inklusion dort gelinge, wo Schulen aktiv Beratung suchen und Kinder binnendifferenziert fördern.

¹ Versorgungskoordination Kinder und Jugendliche

Fachgespräch zur Lage versorgungsintensiver Kinder im Land Berlin

Eltern, Geschwister und weitere Angehörige von versorgungsintensiven Kindern und Jugendlichen sind in ihrem Alltag großen Herausforderungen ausgesetzt. Die daraus folgende Belastung birgt die Gefahr einer Destabilisierung des Familiensystems. Unter dem Motto **„Familien entlasten – Versorgung sichern!“** lud der Fachbeirat Care Management Akteur:innen aus Politik und Verwaltung, Fachpraktiker:innen, Expert:innen, aber auch Mitglieder der Betroffenen-Vertretungen am 9. März ins Rathaus Berlin-Mitte ein, um zu diesem Thema in den Dialog zu treten.



Bereits 2022 wies der Fachbeirat Care Management in seiner [Empfehlung zum Kurzzeitwohnen im Land Berlin](#) darauf hin, dass Familien von versorgungsintensiven Kinder den bestehenden **gesetzlichen Anspruch auf Kurzzeitpflege in Berlin aufgrund unzureichender Rahmenbedingungen und fehlender Einrichtung nicht einlösen können**. Die Berliner Regierungsparteien haben diese Versorgungslücke erkannt und 2023 in den Koalitionsvertrag aufgenommen.

Ein dringender Bedarf

Bettina Land, betroffene Mutter und Selbstvertreterin (Eltern beraten Eltern e.V.), machte die unsichtbare Belastung deutlich: **Die Gruppe dieser Familien ist klein und hat keine starke Lobby**, da die tägliche Versorgung – vom Absaugen über das Umlagern bis zum Streit mit Kostenträgern – kaum Kraft für Protest zulässt. **Erholung und Regeneration bleiben für diese Eltern oft ein unerreichbarer Luxus.**

Kurzzeitwohnen – mehr als nur Unterbringung

Eine zentrale Lösung bietet das Konzept des Kurzzeitwohnens. Im Gegensatz zur reinen Kurzzeitpflege (§ 42 SGB XI) umfasst das Kurzzeitwohnen auch **Teilhabeleistungen im Sinne der Eingliederungshilfe** (SGB IX/BTHG). Kurzzeitwohnen durchbricht den Kreislauf der Dauerbelastung und ermöglicht Kindern ein qualifiziertes, heilpädagogisches Förderangebot. Im Sinne der **Prävention** reduziert es den Bedarf an dauerhafter stationärer Eingliederungshilfe und verhindert, dass Eltern ihre Berufstätigkeit vollständig aufgeben müssen.

Von der Erkenntnis zur Umsetzung

Rechtsanwältin Marianne Burkert-Eulitz betonte, dass die rechtlichen Grundlagen im SGB VIII, IX und XI bereits bestehen – **das Land Berlin ist somit rechtlich in der Pflicht**, diese Leistungen auch tatsächlich bereitzustellen. Catrin Wahlen (Bündnis 90/Die Grünen) fasste die Situation zusammen:

Wir haben an diesem Punkt gar kein Erkenntnisproblem mehr, sondern wir müssen jetzt in die Umsetzung kommen.



Catrin Wahlen, Bündnis 90/Die Grünen



© Kasimir Heldmann

Empfehlung des Fachbeirats Care Management

Um eine nachhaltige Angebotslandschaft in Berlin zu etablieren, empfiehlt der Fachbeirat Care Management:

- Den Start eines **Pilotprojekts** inklusive einer auskömmlichen **Anschubfinanzierung**.
- Die erneute Aufnahme des Kurzzeitwohnens in den **Koalitionsvertrag** nach der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im September 2026.
- Die Konstituierung einer **Rahmenvereinbarung** unter Federführung der SenBJF in Zusammenarbeit mit der SenWGP sowie der SenASGIVA



Der Fachbeirat Care Management steht der Politik und Verwaltung auch im weiteren Prozess gern beratend zur Seite.



Der **FACHBEIRAT CARE MANAGEMENT** ist ein von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie berufenes Gremium, welches sich seit 2018 mit der Verbesserung der Versorgungslage von Kindern mit z.T. hohem Unterstützungsbedarf beschäftigt. Das Ziel soll es hierbei sein, die Teilhabe der entsprechenden Zielgruppe zu fördern und somit auch versorgungsintensiven Heranwachsenden ein gleichberechtigtes Aufwachsen zu ermöglichen. In den vergangenen Jahren brachte der **FACHBEIRAT CARE MANAGEMENT** seine Expertise in verschiedenen Positionspapieren, Stellungnahmen und etwaigen Fachveranstaltungen ein und konnte sich damit als wichtige Stimme im Land Berlin etablieren.

Gern können Sie sich fortlaufend auf der Webseite www.fachbeirat-caremanagement.de informieren.

